



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission
vom: 28. Januar 2014
zur Vorlage Nr.: [2012-350](#)
Titel: **Bericht zum Postulat Nr. [2010-016](#) von Elisabeth Schneider,
CVP/EVP-Fraktion: Simulation Kanton Basel**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2012/350

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

Betreffend den Bericht zum Postulat [2010/016](#) von Elisabeth Schneider: Simulation Kanton Basel

Vom 28. Januar 2014

1. Ausgangslage

Die frühere Landrätin Elisabeth Schneider-Schneiter verlangte am 14. Januar 2010 in einem Postulat, dass „im Sinne eines Zukunftsmodells das Szenario eines gemeinsamen Kantons Basel simuliert“ oder „für eine derartige Simulation eine geeignete Institution mandatiert“ wird. Der Landrat hat diesen Vorstoss an seiner Sitzung vom 27. Januar 2011 mit 38:37 Stimmen bei vier Enthaltungen [überwiesen](#) und die Regierung damit zur Berichterstattung verpflichtet. Diese kommt zum Schluss, dass eine solche Simulation „erst nach einer allfälligen Annahme der Fusionsinitiativen in den beiden Kantonen an die Hand genommen“ werden sollte: „Zum heutigen Zeitpunkt“, so heisst es weiter, „würde eine Simulation keinen Nutzen bringen, weil die Simulation von den verbindlichen Vorstellungen des Verfassungsrates abhängig ist.“

Die Regierung beantragt dem Landrat deshalb, das Postulat abzuschreiben. Die Regierungen der beiden Basel gehen in dieser Frage getrennte Wege: In Basel-Stadt wurde der gleichlautende parlamentarische Vorstoss von Lukas Engelberger und Konsorten vom Grossen Rat auf Antrag der Regierung stehen gelassen.

Das Büro des Landrats hat die Vorlage am 29. November 2012 an die Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) überweisen.

2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission

2.1 Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihren Sitzungen vom 2. und 16. Dezember 2013 im Beisein von Regierungsrat Isaac Reber und Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, behandelt.

2.2 Beratung in der Kommission

Die Kommission zeigte sich mehrheitlich überzeugt, dass eine Simulation zur Zeit nicht sinnvoll ist, sondern vielmehr eine Reihe von Problemen schaffen würde. So stellt sich die Frage, mit welcher Legitimation der Regierungsrat die Eckwerte für eine Simulation festlegen soll. Diese Grundlagen wie auch die daraus resultierenden Ergebnisse würden mutmasslich von allen Seiten angezweifelt werden. Die Grundlagen für die entsprechende Prognos-Studie von 1967 andererseits, die vom damaligen Verfassungsrat in Auftrag gegeben worden ist, können nicht ein knappes halbes Jahrhundert später unbesehen auf die heutigen Verhältnisse übertragen werden.

Mit Einreichen der Fusionsinitiative hat sich die Ausgangslage für eine Simulation verändert. Bei Zustimmung zur Initiative wird der Verfassungsrat nach der ersten Lesung und im Hinblick auf die Information der Bevölkerung vor der Abstimmung über die Verfassung eines Kantons Basel eine Kosten-/Nutzen-Rechnung anzustellen haben. Das wäre dann der richtige Zeitpunkt für eine allfällige Simulation.

Diese Meinung vertritt auch der Regierungsrat, der entgegen dem in den Medien verbreiteten Bild nicht prinzipiell gegen eine Simulation ist, dafür aber – sofern die Fusionsinitiative in der Volksabstimmung Zustimmung erfährt - den geeigneten Zeitpunkt abwarten will.

Vereinzelte Stimmen sprachen sich für eine einfache Simulation mit geringen Kosten aus, um den Stimmberechtigten ein wenigstens rudimentäres Bild eines fusionierten Kantons Basel zu vermitteln. Angeregt wurde auch, dass allenfalls private Kreise eine solche Studie an die Hand nehmen, wenn sie an deren Ergebnissen interessiert sind. Dieser Weg bleibt für den Moment offen.

Eine deutliche Mehrheit hat sich aufgrund der obigen Darlegungen im Sinne des Antrages des Regierungsrates für die Abschreibung dieses Postulates entschieden. Mit 10 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei einer Abwesenheit kann aus Sicht der JSK das Postulat als erledigt abgeschrieben werden.

3. Antrag

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 10:2 Stimmen bei einer Abwesenheit, das Postulat [2010/016](#) abzuschreiben.

Oberwil, 28. Januar 2014

Für die Justiz- und Sicherheitskommission:

Werner Ruff-Märki, Präsident